

Antrag 6

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 158. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 11. November 2008

ArbeitnehmerInnen-Forderung an die künftige Bundesregierung

Wir brauchen so rasch wie möglich eine starke, stabile und auf einem breiten Konsens beruhende Regierung, um die großen Herausforderungen im Zuge der Finanzkrise bewältigen zu können. Ganz wichtig ist dabei eine Politik, die die Anliegen der ArbeitnehmerInnen berücksichtigt und Schluss macht mit der sozialen Schieflage in der Gesellschaft. Nachdem die Politik für die Banken und die Wirtschaft innerhalb kürzester Zeit ein Hilfspaket in Milliardenhöhe geschnürt hat, erwarten sich die Beschäftigten nun Maßnahmen und Schritte, die sie rasch finanziell entlasten, ihre Beschäftigung und Gesundheit sichern und mehr soziale Gerechtigkeit bringen.

Die 158. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert von der künftigen Bundesregierung

- **Lohnsteuer senken, damit die Nettolöhne steigen.**
Den ArbeitnehmerInnen bleibt von den Lohn- und Gehaltserhöhungen, die von der Teuerung und der kalten Progression aufgefressen werden, kaum etwas übrig. Wir brauchen einen gerechteren Tarif mit einem deutlichen Entlastungsvolumen für die kleinen und mittleren Einkommen.
- **Maßnahmen gegen die Inflation.**
Der Anstieg der Verbraucherpreise hat den realen Wert der Löhne gedrückt. Gegen die Inflation sind wirksame Maßnahmen zu ergreifen.
- **Grundsicherung zur wirksamen Armutsbekämpfung.**
Die Armutsgefährdung in der Gesellschaft steigt. Um dem entgegen zu steuern, bedarf es einer raschen Umsetzung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.
- **Bessere Chancen für ältere ArbeitnehmerInnen.**
Maßnahmen, um ältere ArbeitnehmerInnen länger im Erwerbsleben zu halten und älteren Arbeitssuchenden den Wiedereinstieg zu erleichtern, sind dringend erforderlich.

- **45 bzw. 40 Jahre sind genug.**
Es muss eine unbefristete Regelung für Menschen, die 45 bzw. 40 Jahre gearbeitet haben (unter Anrechnung von Krankheit, Arbeitslosigkeit sowie Kindererziehung), geben, damit diese bei erreichtem 60. bzw. 55. Lebensjahr in Pension gehen können.
- **Recht auf Erstausbildung für Jugendliche.**
Das Recht auf berufliche Erstausbildung für jeden jungen Menschen muss gesetzlich verankert sein.
- **Arbeitslosengeld erhöhen.**
Arbeitssuchende brauchen eine bessere Existenzsicherung durch das AMS. Zudem müssen für das AMS mehr personelle wie finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- **Übergangsfristen ausschöpfen.**
Die sich verschlechternde Situation am österreichischen Arbeitsmarkt macht es notwendig, die Übergangsfristen für Beschäftigte aus den neuen EU-Ländern voll auszuschöpfen.
- **Gesundheitsförderung und Prävention am Arbeitsplatz.**
Eine flächendeckende Gesundheitsförderung und Prävention (auch zur Vermeidung von Mobbing und Burnout) sind im Interesse der Menschen aufzubauen.
- **Gleiche Chancen für Frauen und Männer.**
Die Regierung hat durch gesetzliche Rahmenbedingungen eine Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewirken. Es bedarf Maßnahmen zum Schließen der Einkommensschere, den weiteren Ausbau von leistbaren und bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine weitere Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes. Für alle Kinder soll ein kostenloses und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr mit Bildungscharakter vor dem Schuleintritt eingeführt werden.